

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 14

Artikel: Sturm in Prag : der 4. tschechoslowakische Schriftstellerkongress (28. bis 30. Juni)

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

senpolitischen Linie keine «Exportware» sei (nach Lenins Worten). Der Humanismus der sowjetischen Aussenpolitik kommt, laut dieser These, praktisch in der ersten Linie darin zum Ausdruck, dass die wichtigsten Prinzipien des heutigen Völkerrechts gerade unter ihrem Druck anerkannt wurden (Verzicht auf den Krieg bei der Lösung von internationalen Streitigkeiten, Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz usw.).

Das Pfand des Humanismus der sowjetischen Aussenpolitik liegt in ihrem Volkscharakter, ihrer Verbundenheit mit den Volksmassen aller Länder. Aus dieser These folgt der wichtigste Charakter der sowjetischen Aussenpolitik: Suche nach Kontakten mit den Volksmassen, und zwar nicht im eigenen Lande, sondern vor allem in den Staaten, auf deren Abschwächung die offizielle Politik gerade Richtung nimmt. Im Ausland verlangt die Sowjetunion die Einschaltung der Volksmassen in die Gestaltung der Aussenpolitik, wobei der Begriff «Volk» den bekannten Klassencharakter aufweist («Volk» — nur ein Teil der Bevölkerung, nämlich der «fortschrittliche»). Der Aussenpolitik der bürgerlichen Staaten wird vorgeworfen, sie dulde die Eimmischung des Volkes nicht.

Die offizielle sowjetische Aussenpolitik ist also bemüht, alle «friedliebenden», pazifistischen, unzufriedenen Elemente im Westen für ihre Friedenslösungen und sozialen Lösungen aufmarschieren zu lassen. Die internationale Friedensbewegung, die internationale Gewerkschaftsbewegung, Studentenbewegung, die Bewegung der «demokratischen» Jugend, der «Verband demokratischer Juristen», jener der «demokratischen» Journalisten — alle von Moskau finanzierte und gesteuerte internationale Frontorganisationen — dienen als Mittel für die Mobilisierung der «breiten Volksmassen». Dass die sowjetische Aussenpolitik mit dieser Linie erhebliche Erfolge erzielte, ist kaum zu bezweifeln, besonders in Italien, Frankreich, aber auch in den intellektuellen Kreisen anderer Länder. Es ist kaum zu bezweifeln, dass diese Erfolge in der ersten Linie damit zusammenhängen, dass die «friedliebenden und fortschrittlichen» Volksmassen über die Prinzipien und ideologischen Grundlagen der sowjetischen Aussenpolitik nicht im klaren sind.

Bei sich daheim unter Ausschluss der Massen

Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass während die kommunistischen Staatsparteien auf internationaler Ebene bestrebt sind, die Volksmassen in die Gestaltung der aussenpolitischen Linie weitgehend einzuschalten, sie diese gleichzeitig zu Hause von der Festlegung der politischen Linie am entschiedensten fernhalten, wodurch ein Gegensatz zwischen aussenpolitischer und innenpolitischer Linienführung entsteht, trotz der These der Einheit von Innen- und Aussenpolitik. In diesem Zusammenhang kann man auf die Rede von Jiri Hendrych, Ideologe der KP der Tschechoslowakei, an der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 23./24. März hinweisen. Er betonte, dass die Partei die Diskussion zur Bereinigung der Meinungen und Darlegung der Standpunkte befürworte. Aber: auch die Diskussion habe ihre Regeln, die beachtet werden müssten, da eine zwecklose, sinnlose, leere Polemik keinesfalls zu positiven Resultaten führen würde. Die Partei unterstützte entschieden die sachliche und

wissenschaftliche Diskussion, sie werde aber darauf achten, dass diese nicht gegen den Sozialismus ausgenützt werde. Es versteht sich von selbst, sagte er, dass man von den erwähnten sachlichen Diskussionen diejenigen abgrenzen muss, welche ausschliesslich eine politische Natur innehaben. Er fuhr mit folgenden Worten fort:

«Auch diejenigen Probleme können nicht zur Diskussion gestellt werden, deren Lösung unsere Staatsbürger nicht beeinflussen können. Zur Erörterung der wichtigen politischen Fragen sind die Kollektive unserer Partei berufen. Was jedoch die politischen Diskussionen betrifft, muss man zwischen innerparteilichen und öffentlichen Diskussionen unterscheiden. Das Recht auf die Diskussion kann natürlich nicht bedeuten, dass die Parteibeschlüsse nicht für jedermann bindend sind. Es ist offenbar, dass die Minderheit durch die Provozierung einer neuen Diskussion ihren

Willen der Mehrheit nicht aufdrängen kann... In unserer Partei sind die Grundsätze des demokratischen Zentralismus für jedermann und restlos verbindlich... Die Diskussion muss überall, in allen Organen, in allen Parteiorganisationen, vom ZK bis zu den Grundorganisationen den Zweck haben, die Aktionseinheit der Partei zu festigen und die Erfüllung der schon abgeklärten Aufgaben unter den besten organisatorischen Voraussetzungen zu garantieren... (vgl. «Uj szo», Pressburg, 31. März 1967, Seite 5).

Also: In der Festlegung der aussenpolitischen Linie hat nur die Partei das Wort, aber auch für die Massen der Partei sind die von oben erlassenen Direktiven bindend. Auf internationaler Ebene verlangt die Sowjetunion für ihre «Verbündeten» die vollständige Rede- und Diskussionsfreiheit. Dies ist die Dialektik der Parteipolitik! ■

Sturm in Prag

Der 4. tschechoslowakische Schriftstellerkongress (28. bis 30. Juni)

Das Prager Zentrale Kulturhaus der Verkehrs-betriebe beherbergte schon seit langem kein so erregtes Publikum, wie die literarische Elite der Nation in der Hitze der letzten Junitage. Strengstes Stillschweigen und Eintrittsverbot sowohl für ausländische als auch für inländische Journalisten sollten Berichte von den Diskussionen verunmöglichen. Sogar das parteioffizielle «Rude Pravo» gab nur indirekt Nachrichten von den stürmischen Ereignissen, abgesehen von den Reden der Delegierten der Partei, die natürlich mit aller Ausführlichkeit dargestellt wurden.

Am ersten Tag versuchte der Sekretär des Parteipräsidiums den Ton der Beratung anzugeben. Er sprach in seinem Beitrag über die internationale Situation und im Zusammenhang damit von der Verantwortung des Künstlers, der im Kampf um den Fortschritt offen Stellung nehmen müsse. Er wandte sich energisch gegen jene Schriftsteller, die in jüngster Zeit, vor allem in der Zeitschrift «Literarni Noviny», für eine Erweiterung der schöpferischen und politischen Freiheit eingetreten waren: «Die Freiheit des Künstlers darin zu verstehen, dass er das Recht auf einen Standpunkt ohne jede Verantwortlichkeit, dass er das Recht auf einen klassenfreien, abstrakten, humanistischen Standpunkt haben solle, hiesse die Kultur zurückzudrücken in eine Zeit, als sie noch um ihre Grundrechte kämpfen musste. Ganz konkret würde das heissen, in der Kultur einen subjektivistischen Standpunkt anzustreben, ein Gruppensektierertum, eine Regierung starker Ellerbogen.»

Trotz dieser Ermahnungen dürfte es zu harten Diskussionen gekommen sein, denn am nächsten Tag sah sich kein Geringerer als Staatspräsident und Parteichef Novotny veranlasst, in seiner Rede vor einer Parteiversammlung zu erklären, dass es in der Republik noch immer Menschen gebe, die behaupten, die Kommunisten hätten ihre Aufgabe veruntreut, Träger des Fortschritts der Gesellschaft zu sein: «Wir können nicht mehr die Behauptungen dulden, dass wir in den vergangenen Jahren eine Epoche einer zweiten Finsternis durchschritten hätten. Von diesem Geist geprägt, war das Auftreten einiger Schriftsteller

auf ihrem 4. Kongress, wo diese Leute die Politik der Partei sowie die staatliche Innen- und Aussenpolitik angefallen haben, die klassenmässige Aussöhnung mit der bürgerlichen Ideologie ausgerufen und den Klassenkampf nicht anerkannt haben. Diese Leute wollen vielleicht hier bei uns in der Tschechoslowakei die Rolle irgendeiner dritten Kraft spielen. In Wirklichkeit sind sie aber eine Kraft, welche der Reaktion dient.»

Den schärfsten Diskussionsbeitrag des Kongresses lieferte nach aller Wahrscheinlichkeit der kommunistische Schriftsteller Ludwik Vaculik, der vor dem Angesicht des hohen Parteisekretärs Hendrych erklärt haben soll, dass die herrschende Partei, vor allem in ihren oberen Rängen, vom Sozialismus keine Ahnung habe. Die Kollegen haben seine Ausführungen mit frenetischem Beifall quittiert. Hendrych liess sich den Angriff gegen die neue Klasse keineswegs gefallen, sondern kritisierte Vaculik hart und erklärte, dass «seine Geduld mit den Schriftstellern nunmehr zu Ende sei». Parteiorgan «Rude Pravo» druckte eine Aeußerung von Hendrych ab, die für die kritische Stimmung des Kongresses bezeichnend ist: «Die Parteidelegation identifizierte sich mit jenen Kongressteilnehmern, die ihre Stimme gegen die Versuche erhoben, den Kongress politisch zu missbrauchen und eine Atmosphäre zu schaffen, die gegen die Bemühungen gerichtet war, die Beschlüsse des 13. Parteitages über die Literatur zu realisieren.»

Für die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen Schriftstellerverband und Partei ist es charakteristisch, dass die vom vorbereitenden Ausschuss vorgelegte Liste der Kandidaten für das Leitungsorgan des Schriftstellerverbandes im letzten Moment von der kommunistischen Partei zurückgewiesen wurde. Weltberühmte tschechoslowakische Literaten wurden also gezwungen, von ihrer Kandidatur «freiwillig» zurückzutreten. Es handelte sich um den berühmten Dramatiker Vaclav Havel, den Romancier Ivan Klima, den Dramatiker Pavel Kohout und den kommunistischen Dichter Ludwik Vaculik. Manche Delegierte haben unter diesen Umständen den Ab-

(Fortsetzung auf Seite 12)

Der Buchtip

Lenin. Unbekannte Briefe 1912—1924. Herausgegeben von Leonhard Haas. Benzinger-Verlag, Einsiedeln/Zürich/Köln 1967, 157 Seiten.

Das schön ausgestattete Buch enthält folgende Kapitel: Einleitung (Seiten 7—28), Uebersicht über Lenins Fragen und Weisungen an seine Briefempfänger (Seiten 29—34), Urtext der Briefe (Seiten 35—60), Deutsche Uebersetzung der Briefe Lenins und dessen Frau (Seiten 61—84), Anmerkungen (Seiten 85—104). Schliesslich kommen die Faksimila der russischen Briefe (Nummer 2—24; Seiten 105—150) und ein Namens- und Sachregister (Seiten 151—157).

Die 24 mitgeteilten Lenin-Briefe haben für Lenin-Forscher besonders grossen Wert, da sie auf ein bis dahin weniger bekanntes Detail vom Emigrationsleben Lenins hinweisen: auf die Geldfrage. Die Kontakte mit Genossen und mit den Organisationen im Heimatland, die Zeitung und die Finanzierung der Emigrationspolitiker kosteten natürlich viel Geld, und die Briefe zeigen, dass Lenin in Geldfragen nicht wälerisch, sondern ausgesprochen draufgängerisch war.

Die interessantesten Briefe beziehen sich auf die Erbschaft eines wohlhabenden Moskauer Studenten, Nikolai Pawlowitsch Schmidt, Neffen des 1905 verstorbenen exzentrischen russischen Industriellen, Millionärs und Mäzens der Roten, S. T. Morosow. Schmidt nahm an der russischen Revolution 1905/06 teil, und wurde deshalb ins Gefängnis gesteckt, wo er auch starb. Er vermachtet sein grosses Vermögen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und es entstand darum nachher ein grosser und langer Streit zwischen den beiden Flügeln dieser Partei (Menschewiki und Bolschewiki). Es ging um 280 000 Rubel im damaligen Wert. Der Betrag konnte nach dem Westen gebracht werden, und es gelang Lenin, mit Hilfe der verschiedensten Machenschaften, unter welchen auch «politischen Heiraten» eine Rolle spielte, den grössten Teil dieses Betrages zur «Verwaltung» in die Hand zu bekommen.

Seit 1958 ist es bekannt, dass Lenin auch vom deutschen Kaiser Geld in Empfang genommen hat, besonders im Jahre 1917. Die diesbezüglichen Dokumente wurden 1958 veröffentlicht (Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry, edited by Z. A. B. Zeman. Oxford University Press, London 1958). Lenins neuentdeckte Briefe weisen auf eine frühere Geldquelle Lenins hin.

LR.

Tito und Nahost

(Fortsetzung von Seite 1)

gleichen spezifischen Revolutionstönung versehen ist, die in Moskau weniger authentisch wirkt, trotzdem man sich dort alle Mühe gibt, sie zu eigenen Gunsten zu nutzen.

Die Frage ist, ob diese persönliche Einordnung Titos unter die nationalen Revolutionäre der Rolle Jugoslawiens angepasst ist. Tatsächlich scheint er in seinem eigenen Lande mit seiner extremen Stellungnahme im Nahost-Konflikt ziemlich isoliert zu sein. In der Diskussion, die seiner Rede folgte, wurde übrigens offen davon gesprochen, dass viele Kommunisten in Jugoslawien diese Stellungnahme «nicht begriffen» hätten.

Die Divergenz zwischen Bevölkerung und Regierungen hat sich nach dem Nahost-Konflikt sowohl in Westeuropa wie in Osteuropa gezeigt, und diesmal (man denke besonders an Frankreich) im gleichen Sinne. In Westeuropa ist es eine Divergenz zwischen dem Solidaritätsgefühl mit dem demokratischen Israel und den kapitalistischen Interessen der Regierungen an den arabischen Ländern. In Osteuropa ist es eine Divergenz zwischen den weltpolitischen Interessen der Regierenden und dem Sträuben der Regierten. In Jugoslawien ist es eine Divergenz zwischen einem Führer, der sich einer bestimmten Kategorie von Blockfreiheit zugeordnet hat, und einem Land, das diese Zuordnung nicht mehr als passend empfindet.

cb

Sturm in Prag

(Fortsetzung von Seite 5)

schluss des Kongresses nicht einmal abgewartet. Die Slowaken sind vorzeitig abgereist. Sie wollen angeblich einen eigenen Verband in Pressburg ins Leben rufen.

Und dann begann direkt nach dem Kongress ein Prozess in Prag gegen drei tschechoslowakische Schriftsteller wegen «Wühlarbeit gegen die Republik». Der prominenteste ist unter ihnen der

31 Jahre alte Jan Benes, der sich bereits seit 240 Tagen in Untersuchungshaft befindet und der es gewagt hatte, gegen die Aburteilung der sowjetischen Schriftsteller Sinjaski und Daniel öffentlich zu protestieren. Auch wenn im Fall Benes ein Exempel statuiert wird, kann der Widerstand der Schriftsteller gegen die Eigenmächtigkeiten der Partei in diesem «liberalen Land des Ostblocks» kaum bald gebrochen werden.

Michael Csizmas

Predislav Kuburovic

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.

Jugoslawien...

(Fortsetzung von Seite 10)

sten. Serbien steht hier vor einer grossen Aufgabe, da vier Fünftel der Volksminderheiten in Jugoslawien auf seinem Territorium leben.

Auch das Verhältnis zwischen Bund und Republiken, zwischen Völkern und Republiken untereinander muss neu geregelt werden. Die jüngste Verfassungsrevision hat einen Rahmen dafür geschaffen, der aber durch die weitere Gesetzgebung auf allen Ebenen ergänzt werden muss. Von der Aufwertung des Nationalitätenrates der Bundesvolksversammlung erwartet man neue Impulse und Anregungen in dieser Richtung.

Der weitere Weg

Hat Jugoslawien mit der jüngsten Verfassungsrevision den Weg von einer Föderation zur Konföderation beschritten? Die Antwort dürfte lauten: Weder «Föderation» noch «Konföderation» im klassischen demokratischen Sinne, sondern viel mehr Dezentralisierung und Trennung der Gewalten zwischen Bund und Republiken, soweit es das jugoslawische kommunistische System gestattet. Oder mit den Worten eines jugoslawischen Staatsrechtlers: Es handelt sich um «einen freiwilligen kooperativen Föderalismus; um die freiwillige Vereinigung souveräner Völker und vor allem um eine Gemeinschaft der Werkträger auf der Basis der Selbstverwaltung». Gelingt es dem jugoslawischen «Föderalismus» auf der Basis der Selbstverwaltung den Nationalismus zu überwinden? Dies bleibt offen. Die jüngste Entwicklung zeigte bisher vom Gegenteil. Man gewinnt den Eindruck, dass der heutige jugoslawische Föderalismus den Nationalismus neuen Inhalts begünstigt und kaum in der Lage ist, die nationalen Gegensätze zu meistern.

Wenn auch heute der jugoslawische Vielvölkerstaat von einer Wiedergeburt des Nationalismus bedroht ist, besteht die akute Gefahr seines Zerfalls zu Lebzeiten Titos kaum. Dank seinem geschickten Lavieren ist es Tito auch diesmal gelungen, die verschiedenen nationalen Strömungen in Schach zu halten. Es ist aber für einen Vielvölkerstaat sehr gefährlich, wenn er durch die persönliche Autorität eines einzigen Mannes und nicht von Institutionen eines demokratischen Rechtsstaates geprägt wird. Mit dem Tode einer solchen autoritären Person verschwindet das Bindeglied, und die Gefahr des Zerfalls verdoppelt sich. Tito wird deshalb, um sein Werk auch nach seinem Tode am Leben zu erhalten, dafür sorgen müssen, dass neue institutionelle Aenderungen und starke Korrekturen des politischen Systems im Sinne eines Zweiparteiensystems noch zu seinen Lebzeiten Fuss fassen. Ob er aber gewillt ist, dies zu tun, bleibt offen.

Predislav Kuburovic